

Bürger
für Elz



Straßen-
ausbau-
beiträge

BÜRGERINITIATIVE
ELZ

Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

April/Mai 2020

Wie ist die Situation in Deutschland?

Von 16 Ländern unserer Bundesrepublik haben neun die Straßenausbaubeiträge entweder nie erhoben (Baden-Württemberg und Bremen) oder sie haben diese abgeschafft, nämlich die alten Bundesländer wie Bayern, Hamburg, Berlin und bis auf Sachsen alle Neuen Bundesländer. Diese vorgenannten Bundesländer behelligen ihre Bürger nicht mehr mit diesen Straßenausbaubeiträgen, einer Gebühr, die auch in Hessen abgeschafft werden muss. Man staune, was sich die Neuen Bundesländer leisten können.

Wie ist die Situation in Hessen?

Die regierenden Parteien (CDU, Grüne und FDP) geben die Entscheidung für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge an die Parlamente der hessischen Städte und Gemeinden ab. **Welche Gelder stellt das Land Hessen und der Bund den Kommunen zur Verfügung?** Es stehen viele Gelder, auch für die Finanzierung der Gemeindestraßen, vom Bund und vom Land Hessen zur Verfügung. Im Jahr 2019 hatte das Land Hessen **60 Mil.€** für diese Maßnahmen im Haushalt; diese Mittel wurden aber vom Land in anderen Bereichen eingesetzt. Elz bekommt lt. dem Finanzministerium Gelder aus dem „Starke Heimat Hessen“ Gesetz. Die Länder erhalten über die Entflechtungsmittel rd. **1,3 Milliarden €** pro Jahr vom Bund zur Verbesserung der Gemeindestraßen. Zusätzlich werden rd. **335 Millionen €** jährlich über Mittel des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes vom Bund über die Länder bereitgestellt. Diese Mittel sollen laut Koalitionsvertrag ab 2020/21 auf **1 Milliarde €** erhöht werden. Hier ist das Land Hessen gefordert, diese Mittel zielgerecht und zweckgebunden weiterzugeben. **Kommen diese Mittel auch wirklich bei den hessischen Kommunen an?**

Wie ist die Situation in Elz? Elz hält stur an die Zweitstraßenausbausatzung fest.

2/3 der Kommunen im Landkreis Limburg-Weilburg haben die Zweitstraßenausbausatzung abgeschafft und die Finanzierung des Zweitstraßenausbaues über die verschiedensten Varianten gelöst.

Warum informieren sich die Elzer Politiker nicht bei den Kommunen, die die Straßenbeitragsatzung abgeschafft haben?

Warum protestieren und kämpfen nicht alle Bürgermeister aus unserem Landkreis einheitlich mit einer Resolution bei der Landesregierung für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge? Hat der Elzer Bürgermeister überhaupt eine Resolution zur Landesregierung geschickt?

Der Bürgermeister spricht immer über die Gerechtigkeit den Bürgern gegenüber, wo bislang die Straßenausbaubeiträge als einmaliger Beitrag angefordert wurde.

Haben die Politiker in den anderen Kommunen und Städten, wo die Zweitstraßenausbausatzung abgeschafft wurde, kein Gerechtigkeitsempfinden?

Oder ist es nicht vielmehr so, dass deren Bürgermeister und Gemeindeparlamente eher Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit zeigen, wenn sie darauf verzichten, entsprechend der neuen Gesetzeslage ihren Bürgern durch nicht mehr vorgeschriebene Beiträge finanzielle Härten zuzumuten. Denn Geld ist da in Elz! Nur fließt es aus eigenmächtigen Ambitionen heraus in kostspielige Projekte, die wohl eher dem Image von Bürgermeister und Gemeindevertretern dienen als notwendige örtliche Aufgaben.

Die Broschüre „durchblick“ (SPD) zeigt den Elzer Bürgern, wo ein Großteil der Einnahmen hinfließt:

ab in die „**Neue Mitte**“, bisherige Ausgaben rd. **1,6 Mio.€**.

Bei dieser Geldverschwendung können die regierenden Politiker auch kein Verständnis für die Abschaffung der Zweitstraßenausbausatzung aufbringen.

Wieviel Geld wird für die Fertigstellung des Projektes noch benötigt?

Für die Bürgerinitiative: G. Jansen / W. Schmidt / O. Strixner/

Weitere Informationen: www.buerger-elz.de

In Liste eintragen: <https://buerger-elz.de/buergerinitiative-elz-unterstuetzen/>

Oder QR Code einscannen

